Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 2 | 8. Februar 1921 | Jahrg. III

1. Versendung von aufklärenden Schriften.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß es von besonderer Wichtigkeit ist, die Versendung von aufklärenden Schriften in den gebildeten Kreisen nicht zu vernachlässigen. Erst kürzlich wurde uns ein Brief übermittelt, in dem ein Landgeistlicher unserer Aufklärungsarbeit seine besondere Anerkennung aussprach. Vorschläge unterbreiten wir gern. Wir bitten noch um besondere Beachtung von Seite 27.

2. Bolschewismus und Judentum.

(„Der Blutrausch des Bolschewismus")

Dieses Thema ist eines der beliebtesten der antisemitischen Propaganda — und eines der gefährlichsten. Namentlich in letzter Zeit wird es von der antisemitischen Broschürenliteratur weidlich ausgeschlachtet. So ist vor kurzem bei der Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H. (Berlin SW 11, Hedemannstr. 12) eine blutrünstige Broschüre erschienen unter dem Titel: „Der Blutrausch des Bolschewismus" von R. Nilostonski. „Berichte eines Augenzeugen über die Schreckensherrschaft der Bolschewisten in Rußland, die Schreckenshäuser, Menschenschlachthäuser, sowie der gewaltige Kampf der russischen Arbeiter gegen die russische Tyrannerei, mit genauen Angaben und photographischen Beilagen." (Preis 5 Mark.) Den Deckel schmückt ein grell gemalter Totenschädel, der in einem Blutmeer schwimmt, im Hintergrunde zucken Flammen empor. Das ganze ist im Stil des Hintertreppen- und Schauerromans geschrieben und offenbar darauf berechnet, auf die Phantasie der großen Massen zu wirken. Dieses Ziel wird die Broschüre auch vollkommen erreichen. Der Verfasser gibt sich als Mitglied der russischen „freiwilligen Armee" des Generals Denikin oder Wrangel aus, will die Kämpfe dieser Armee gegen die Bolschewisten mitgemacht haben und nach gewaltigen Abenteuern nach Deutschland entkommen sein. Allem Anschein nach ist es ein Deutscher, der Rußland und die dortigen Verhältnisse nicht einmal genau kennt. In 20 Kapiteln werden die Greueltaten der Bolschewisten in den grellsten Farben gemalt und durch angebliche Photographien illustriert. Es ist ja sattsam bekannt, daß die Bolschewisten unter der Bevölkerung, insofern sie dieselbe gegenrevolutionärer Gesinnungen verdächtigte, fürchterlich gehaust haben. Der rote Terror ist sicherlich nicht gelinder, als der weiße, und was dieser fertig zu bringen vermag, lehrt uns das Beispiel Ungarns. Es ist auch durchaus nicht zu verwundern, daß der russische rote Terror ungleich brutaler und grausamer ist, als etwa der französische der großen Revolution und der Kommune; ist ja der russische Terror durch die Schule der zaristischen Polizei, der Peter-Pauls-Festung, Schlüsselburgs und der sibirischen Bleiwerke gegangen. Indessen lesen sich die Schilderungen der Schreckenshäuser, der sog. Menschenschlachthäuser, der Folterungen, der sadistischen Orgien und der sonstigen überflüssigen grausamen Peinigungen wie Auszüge aus den Berichten über

die Untaten der mittelalterlichen, spanischen Inquisition. Die Photographien erscheinen sehr verdächtig, sie können ebensogut Pogromopfer darstellen. Man weiß ja, welcher Mißbrauch mit den photographischen Abbildungen der angeblichen „deutschen Greuel" von seiten der Franzosen und Belgier während des Krieges getrieben wurde. „Das Bild als Verleumder" ist ja seither zum geflügelten Worte geworden. Indessen mag die Tendenz des Verfassers ja eine löbl.che sein: er will das Abschreckende des Bolschewismus in grellen Farben malen, um die bolschewistischen Bewegungen in Deutschland im Keime zu ersticken. Aber er verfolgt daneben offenbar auch noch eine andere Tendenz, die sogar für ihn die Hauptsache ist, obwohl der Verfasser trotz seiner sonstigen Talentlosigkeit dies sehr geschickt zu verschleiern weiß. In einer ganzen Reihe von Nebensätzen, die alle paar Zeilen geschickt untergebracht sind, scheinbar unbeabsichtigt, so nebenbei, aber mit großem Nachdruck betont er, daß der ganze Bolschewismus ein Werk „der Juden" sei, und daß die Hauptanstifter und Vollstrecker aller Greueltaten der Bolschewisten Juden und Jüdinnen seien. Der unkundige oder naive Leser muß unweigerlich den Eindruck gewinnen, daß die ganze Sowjetregierung, die ganze Rote Armee und das ganze Volkskommissariat aus Juden bestehe, daß es „die Juden" sind, die sich Rußlands bemächtigt und das Regiment des Terrors aufgerichtet haben, das mit Blut und Feuer die 120 Millionen Russen knechtet und aussaugt. Die Opfer dieser Schreckensherrschaft sind aber hauptsächlich die russischen Arbeiter, die von „den Juden" unterjocht in den Schreckenshäusern gehalten und gemartert und massenhaft niedergeschossen und hingerichtet werden. Die „freiwilligen Armeen" unter Koltschak, Denikin, Judenitsch, Balachowitsch, Wrangel sind die einzigen, die versucht haben, die Arbeiter aus der furchtbaren, grausamen Judenherrschaft zu erlösen. Die genannten Generale sind gar keine Reaktionäre, keine Gegenrevolutionäre, wie ihre Gegner behaupten; im Gegenteil, sie kämpfen nur für die „wahre Demokratie" gegen die Oligarchie der jüdischen Bolschewisten und Volkskommissare, freilich sind sie sämtlich der Reihe nach geschlagen worden. Aber was Wunder? Sie können eben gegen die formidable Uebermacht der Juden nicht aufkommen. Es sind nämlich nicht allein die russischen Juden, die diese Greuel verüben, hinter ihnen, mit ihnen eng verbunden, steht die Judenheit der ganzen Welt, besonders die deutsche Judenheit. Denn „der ganze Kommunismus-Schwindel von Moskau ist nichts anderes als die Verwirklichung des jüdischen Welt-Imperialismus". Das hat ja schon der berühmte Prof. Nilus in seinen „zionistischen Protokollen" nachgewiesen. Die Juden beabsichtigen nicht mehr und nicht weniger, als „durch rücksichtslose Ausrottung der christlichen Bevölkerung, verbunden mit ekelhaftem Sadismus", ihre Weltherrschaft aufzurichten. Zum Schluß wird eine Liste der bolschewistischen Volkskommissare aufgeführt, mit ihren russischen Pseudonymen und daneben mit ihren wahren Namen. Aus der Liste ergibt sich, daß alle Volkskommissare Juden sind. Was folgt nun aus dem allen? Wenn der deutsche Arbeiter diesem schauervollen Schicksal entgehen will, bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Juden in Deutschland zuvorzukommen und sie mit Stumpf und Stiel auszurotten!

Man kann nicht leugnen, daß diese Broschüre ein wirksames Material für die bevorstehende Wahlagitation liefert.

Die ganze Geistesart des Verfassers ist schon dadurch gekennzeichnet, daß er sich auf die Zeugenschaft der berüchtigten „zionistischen Protokolle" des Prof. Nilus beruft. In Deutschland, besonders unter den ungebildeten Schichten, herrscht eine völlige Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse Rußlands. Man hat eine vage Vorstellung davon, daß es ein unermeßlich großes Reich bilde, in welchem es schrecklich viele Juden gebe, die dort die Herrschaft in Gestalt von Bolschewismus an sich gerissen haben und jeden Augenblick zu uns kommen können, um hier den Arbeitern das gleiche Schicksal zu bereiten wie in Rußland, nämlich die christliche Bevölkerung rücksichtslos auszurotten, um die jüdische Weltherrschaft aufzurichten. In Wirklichkeit wohnten vor dem Kriege von den etwa 7 Millionen russischen Juden kaum etwa 200 000 im eigentlichen Rußland, d. h. in Großrußland, wo jetzt das bolschewistische Sowjetregime herrscht. Alle andern wohnten in den sogenannten Ansiedlungsrayons in den Randländern, den Baltischen Provinzen, Litauen, Polen, der Ukraine und Südrußland, ferner im Gouvernement des Schwarzen Meeres. Das Wohnen in Großrußland, namentlich in Petersburg und Moskau war ihnen untersagt. Nur Kaufleuten erster Gilde, Inhabern von akademischen Graden und gewissen Kategorien von Handwerkern war es erlaubt, in den Gegenden östlich von Ansiedlungsrayons zu wohnen, und auch dieses Recht war sehr schwer zu erlangen. Während des Krieges, als die von den Deutschen bedrohten westlichen und südlichen Gouvernements aus strategischen Gründen evakuiert wurden, durften die Juden die Ostgrenze des Ansiedlungsrayons überschreiten. Man schätzt die Zahl der jetzt in Großrußland, dem eigentlichen Herrschaftslande des Bolschewismus, wohnenden Juden auf etwa eine halbe Million. Nun erhebt sich die Frage: Wenn die Juden in Wirklichkeit die Schöpfer und Träger des Bolschewismus sind, warum ist dieser nicht im Ansiedlungsrayon ausgebrochen, wo nahezu 6½ Millionen Juden wohnen, sondern gerade in Großrußland, wo ihrer kaum eine halbe Million existieren, von denen der größte Teil erst in den letzten 3 oder 4 Jahren sich angesiedelt hat? Es ist gewiß sehr leicht, dem unkundigen deutschen Arbeiter einzureden, daß alle Bolschewisten Juden seien, aber woher haben diese Juden die Macht hergenommen, die Generale Judenitsch, Koltschak, Denikin und Wrangel nacheinander aufs Haupt zu schlagen? Woher haben sie die Macht genommen, mit einer Armee von vielen Hunderttausenden im vergangenen Sommer Polen mit Krieg zu überziehen, bis an die Tore von Warschau vorzurücken und die Existenz des ganzen Polenstaates zu bedrohen, so daß Frankreich die größten Anstrengungen machen mußte, um seinen Verbündeten zu retten? Jetzt ziehen die Bolschewisten eine Millionenarmee zusammen, und es ist offenbar, daß sie beabsichtigen, im Frühjahr eine neue Offensive an der ganzen Front vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer gegen Polen, die Ukraine und Rumänien zu beginnen. Woher nehmen sie so viele

Soldaten und kriegstüchtige Offiziere und Generale? Wenn alle 15 Millionen Juden der Welt in Sowjet-Rußland wohnen würden, so wären sie kaum imstande, eine Armee von einigen Hunderttausenden zusammenzubringen, und ob diese Armee so kriegstüchtig wäre, um derlei großangelegte Unternehmungen zu wagen, darf man wohl mit Fug und Recht stark bezweifeln. Es ist ferner ein Rätsel, wie es möglich ist, daß eine halbe Million Juden, die fast ausschließlich in den wenigen Großstädten Sowjet-Rußlands konzentriert sind, die großrussische Bevölkerung von 120 Millionen seit mehr als 3 Jahren tyrannisieren und Blutbäder unter ihnen anrichten kann, ohne daß dieses 120-Millionenvolk sich erhebt und das Häuflein Juden mit einem Ruck wegfegt?

Richtig ist das Gegenteil. Die erdrückende Mehrheit der russischen Juden stand seit jeher im Lager derer, die von den Bolschewisten aufs grimmigste bekämpft wurden. Das jüdische Bürgertum steht im Lager der demokratisch-liberalen Kadettenpartei, die jüdischen Arbeiter im Lager der Menschewiki, die das ganze Wirtschaftssystem der Bolschewisten energisch ablehnen. In der eigentlichen Bolschewisten-Regierung sitzt nur ein Jude, Trotzki, das Haupt des Petersburger Sowjets ist Sinowjew. Aber der eigentliche Bolschewistendiktator ist Lenin, ein echter Russe, Sohn eines hohen Beamten. Der Volkskommissar des Aeußeren ist Tschitscherin, der vom hohen russischen Adel abstammt. An der Spitze der „außerordentlichen Kommission", die die Blutgerichte abhalten und die Schreckensherrschaft ausüben, steht der Pole Wzierzynski, der Deutsche Peters und der Lette Lazis. Allerdings gibt es unter den Volkskommissaren und Beamten zahlreiche Juden. Aber das kommt daher, daß diese Funktionäre nur aus derjenigen Schicht genommen werden können, die des Lesens und Schreibens kundig und mit der Führung von Geschäften vertraut ist. Unter den Russen gibt es nicht weniger als 94% Analphabeten, während die Juden bekanntlich seit jeher keine Opfer scheuten, um ihren Kindern wenigstens die Elementarkenntnisse beizubringen, so daß unter ihnen Analphabeten zu den größten Seltenheiten gehören. Als Städter befassen sich die Juden mit Handel und Gewerbe. Nun wurden jetzt Handel und Gewerbe in Sowjet-Rußland sozialisiert, aber man war natürlich gezwungen, die Inhaber der sozialisierten Geschäfte und Werkstätten zu Leitern eben dieser Geschäfte und Werkstätten zu machen, die der Staat übernommen hat. Es ist nur natürlich, daß sich eine große Zahl von Juden, die ja, wie gesagt, zumeist Handel- und Gewerbetreibende sind, unter den Angestellten und Kommissaren der Sowjet-Regierung befinden. Aber diese Juden sind ebenso Bolschewisten wie die 56 ehemaligen Zaren-Generale und die unzähligen Zaren-Offiziere nachgeordneter Grade, die die rote Armee befehligen und organisieren. Es ist eine grobe Fälschung, darauf berechnet, den naiven Leser zu täuschen, wenn der Verfasser eine Menge Namen aufzählt, die jüdisch klingen, und die russischen Namen verschweigt. In der Liste der angeblichen jüdischen Volkskommissare finden sich zahlreiche Namen von jüdischen Menschewisten, die von den Bolschewisten grimmig verfolgt werden. Es ist, wie wenn man in Deutschland z. B. Eduard Bernstein unter die Kommunistenführer zählen würde. —

In nächster Zeit bringen wir eine Schrift heraus, die die ganze Frage auf Grund umfangreichen authentischen Materials ausführlich behandelt.

3. Der Fall des Frl. Dr. Herzfeld.

Ihrem blinden Judenhaß folgend veröffentlichte die „Deutsche Zeitung" Mitte Januar 1921 — allerdings unter der vorsichtigen Erklärung: „veröffentlichen wir den Bericht eines Augenzeugen" oder: „Wir werden um Veröffentlichung des folgenden Aufrufes gebeten" — eine Begebenheit, die sich in der Klosterkirche in Berlin abgespielt hat. Hiernach hätte in einer Vortragsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Volksmission die jüdische Aerztin, Frl. Dr. Herzfeld, Leipzig, über die sittliche Verworfenheit der deutschen Frau gesprochen und durch ihre Ausführungen die Entrüstung der anwesenden deutschen Frauen und Mädchen hervorgerufen, weil Bezeichnungen wie „dirnenhafte Schamlosigkeit usw." ständig wiederkehrten. Obgleich Juden und Judengenossen ohne weiteres hätten eintreten dürfen, seien zahlreiche deutschdenkende Frauen und Männer abgewiesen und, weil sie nicht weichen wollten, durch Sicherheitsbeamte aus der Kirche entfernt worden. Die abgewiesenen Männer hätten nun draußen vor der Kirchentür das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" angestimmt. Trotz erklärender Berichtigung des Versammlungsleiters, Pastor Hölzel aus Berlin, Frl. Dr. Herzfeld sei gar keine Jüdin, schreibt die Deutsche Zeitung, hierauf komme es nicht an, sondern nur auf die Frage nach der Rassezugehörigkeit, und es sei eine Herausforderung, wenn man über die Sittlichkeit der deutschen Frau ein junges Mädchen von 26 Jahren sprechen läßt, von dessen Deutschgeborensein der Augenschein offenbar nicht jeden überzeugt. Natürlich wurde auch einem flammenden Protest der Hetzapostel Ramin, Funck und Falb Raum gegeben, daß eine Jüdin es gewagt hätte, der deutschen Frauenwelt sittliche Verworfenheit vorzuwerfen, daß diese Jüdin aber verschwiegen hat, daß jüdische Sittenlosigkeit in Film, Presse und Bühne jahrelang die öffentliche Moral untergraben hat, daß der jüdische Mädchenhändler der fürchterlichste Ausbeuter aller menschlichen Laster ist und dgl. mehr.

Sapienti sat.! Der Direktor des christlichen Volksdienstes in Leipzig, Herr Kittel, erklärt hiergegen inhaltlich: Frl. Dr. Herzfeld ist die Tochter christlich geborener Eltern, in einer Herrnhuter Schule erzogen, erst Lehrerin gewesen, dann Aerztin geworden, steht im Lebensalter am Anfang der 30er Jahre, hat hunderte von Vorträgen über die Fragen der sittlichen Reinheit des Volkes gehalten und das Urteil geerntet, daß selten jemand mit gleicher Ruhe, Reinheit und Besonnenheit, wie sie diese heiklen Gegenstände behandelt hat, hat nie „über deutsche Sittlichkeit und die Verworfenheit der deutschen Frau" sondern nur über „den Sittlichkeitskampf der deutschen Frauen und Mädchenwelt" gesprochen. Und solche Hetze machen nicht unbeträchtliche Teile der deutschen Intelligenz mit!

4. Das eiserne Buch deutschen Adels, deutscher Art.

Im deutschen Adel greift eine Bewegung immer weiter um sich, die die Sammlung und Kennzeichnung nur völkisch-reiner Adelsgeschlechter zum Ziele hat. Auf dem letzten Adelstage war durch eine Rede des Herrn von Bodelschwingh-Schwarzenhasel das „Verständnis des deutschen Adels für die Gegenwartsarbeit am deutschen Volkstum geweckt worden". In der „Deutschen Zeitung" vom 20. Januar geht nun „Ein deutscher Edelmann" auf diese Probleme ausführlicher ein. Der Gegensatz von Volk und Adel im bisherigen Sinne dürfe nicht aufrecht erhalten bleiben. Der Kundige wisse, daß gerade aus der Versippung des hochstehenden Bürgertums mit dem Adel die besten Männer der deutschen Geschichte hervorgegangen sind wie Bismarck, Moltke, Hindenburg und Ludendorff. In hochfürstlichen Geschlechtern sei bürgerlicher Bluteinschlag bekannt und wertvoll. Das gewünschte eiserne Buch solle also kein Zeichen von Standesdünkel sein. Es werden dort nur Adelsfamilien aufgenommen, bei denen jüdischer Einschlag nicht nachweisbar sei, mag das Geschlecht selbst auch noch so alt und hoch sein. Es dürfte niemals dahin kommen, daß das Volk mit Recht sagen könne: „Ihr wollt uns führen und seid selbst gar keine Deutsche!" Das „eiserne Buch" werde gewissermaßen eine Zentralstelle für den deutschblütigen deutschen Adel bilden.

Sofort nach Erledigungen der Vorbereitungen werden durch Aufrufe in der geeigneten Presse sowie durch direkte Schreiben Eintragungsaufforderungen für das „eiserne Buch" versandt werden.

5. Fall Peisert.

Unter der Ueberschrift „Die Solidarität des Judentums" erschien in Nr. 580 der „Deutschen Zeitung" (Abendausgabe) ein Artikel, in dem unter Bezugnahme auf die Wochenschrift „Die Tradition" mitgeteilt wurde, daß beim Ableben Rudolf Mosses (geb. Ruben Moses) große Unterschlagungen eines in besonderer Vertrauensstellung befindlichen Angestellten festgestellt wurden. Die „Deutsche Zeitung" kritisiert unter Hinweis auf die Solidarität des Judentums die Tatsache, daß die jüdische Presse den Vorfall nicht gemeldet habe, weil der Täter ein Jude sei und Peiser heiße.

Die „Deutsche Zeitung" war jedoch genötigt, in ihrer Nummer vom 28. 12. folgende Berichtigung aufzunehmen:

„Der Rechtsbeistand der Firma Rudolf Mosse, Herr Rechtsanwalt Fritz Cohn, schreibt uns:

Der in Nr. 580 der „Deutschen Zeitung" (Abendausgabe) erschienene Artikel mit der Ueberschrift „Die Solidarität des Judentums" enthält mehrfache Unrichtigkeiten.

1. Es ist unrichtig, daß der verstorbene Inhaber der Firma Rudolf Mosse jemals den Namen Ruben Moses gehabt hat.

2. Der verstorbene Angestellte hieß nicht Peiser sondern Peisert. Er war nicht Jude, sondern entstammte einer rein christlichen Familie und war Leutnant der Landwehr.

3. Der verstorbene Herr Ernst Peisert hat bei der Firma Rudolf Mosse keinerlei Veruntreuungen begangen, so daß sein tragischer Tod auch nicht auf die Entdeckung solcher zurückzuführen ist."

6. Der Deutschvölkische Arbeitsring.

Der im Frühjahr vorigen Jahres unter dem Triumvirat von Kunze-Ruge-Wulle (die inzwischen wieder ausgetreten sind) geschaffene „Deutschvölkische Arbeitsring" (siehe Mitteilungen Nr. 9, Seite 117) schreitet jetzt zur Gründung von Ortsringen. Der Ortsring Groß-Berlin ist in einer stark besuchten Versammlung vom 11. Januar im Wilhelmshof beschlossen worden. Für die verschiedenen Stadtteile und ehemals selbständgien Gemeinden der Reichshauptstadt wurden Gruppen gebildet und Leiter dafür bestellt. Der Jahresbeitrag in Höhe von 20,— Mark schließt das Bezugsrecht auf das als Vereinsorgan weiter erscheinende „Hakenkreuz" ein. Für wirtschaftlich unselbständige Mitglieder wurde der Beitrag auf 6, – Mark im Jahre ermäßigt. Die Versammlungen des Ortsringes sollen grundsätzlich zwei- bis dreimal im Vierteljahre stattfinden. In 24 Städten des Reiches ist die Bildung gleicher Ortsringe im Gange, in einer größeren Anzahl weiterer Orte ist sie in Vorbereitung.

7. Maurenbrecher.

Es dürfte von Interesse sein, in einzelne Phasen der Vergangenheit des derzeitigen Leiters der „Deutschen Zeitung" einen Einblick zu gewinnen, der die politische Konsequenz dieses Herrn erkennen läßt.

Vor Jahrzehnten, damals noch Mitglied der Sozialdemokratie, hat Maurenbrecher ein Buch verfaßt „Die Hohenzollernlegende". In diesem beschäftigt er sich an einer Stelle, im logischen Zusammenhang mit einem Erlaß Wilhelms II. und die Ausführungsbestimmungen des damaligen Kultusministers von Goßler, mit dem deutschen Geschichtsunterricht. Der kaiserliche Erlaß war ungefähr des Inhalts, daß die Schule vor allem der Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Ideen zu dienen habe, daß dagegen Gottesfurcht und Vaterlandsliebe vor allem gepflegt werden müssten. Dazu verfügte Herr von Goßler, die Hohenzollern geschichte und besonders die der preußischen Könige solle in den Mittelpunkt des Geschichtsunterricht gestellt werden. Die damalige Stellungnahme Maurenbrechers lassen folgende Zeilen aus seinem bereits erwähnten Buche erkennen:

„Der heutige Geschichtsunterricht in der Volksschule gibt den Kindern des Volkes nicht die Wahrheit, so gut oder so schlecht die heutige Forschung sie eben kennt. Er verheimlicht auch nicht nur unbequeme Dinge, wie es auf den Realschulen und Gymnasien wohl auch geschieht. Nein, er dichtet direkt Lumpen in glänzende Wohltäter um! Es ist einfach nicht wahr, daß das Hohenzollerngeschlecht nur aus einer Reihe glänzender Lichtgestalten, unermüdlich sorgender Landesväter bestand. Die bürgerliche Wissenschaft, trotz aller Befangenheit gegenüber dem Monarchismus, in der auch sie noch versunken, weiß ganz genau, daß es unter den 17 Hohenzollernfürsten von Brandenburg-Preußen genug gewissenlose Prasser und sinnlose Verschwender, genug Schwachköpfe und Jammerlappen gab. Sie weiß sehr wohl, daß darin die Hohenzollern nicht um eines Haares Breite besser sind als andere Fürstengeschlechter auch. Jener im innersten verfaulte

Hof Friedrich Wilhelms II., seine Zeitgenossen nannten ihn in Spottschriften „Saul, den Dicken, vom Kanonenland", jener erste König in Preußen, der nicht glaubte ein König zu sein, wenn er nicht eine Maitresse halte, wie der König von Frankreich; jener Joachim II., dem sogar sein Hofprediger in der Leichenpredigt nur nachsagen konnte, daß „sein Leben und Wandel gar sträflich und sündlich gewesen"; dessen Vater, jener Joachim I., den Luther

> Da die Nummern 6, 7, 8 und 13 des II. Jahrganges 1920 der „Mitteilungen des Syndikus" vergriffen sind, bitten wir unsere Freunde, welche die Mitteilungen nicht binden lassen, diese Nummern gegen Erstattung der Portokosten an uns zurückzusenden.

sehr richtig einen „Hurer und Buben" nannte — um nur die bekanntesten Fälle zu nennen; gehören auch die zu der „Fülle sittlich tief und nachhaltig anregender Momente", von denen der Kultusminister von Goßler schrieb?"

Das genüge für die Kennzeichnung der damaligen politischen Richtung Maurenbrechers. Für seine religiöse Haltung sprechen die Ausführungen, die er in der Münchener Ortsgruppe des deutschen Monistenbundes machte (nach Jahrgang 3, Heft 40—43, 12 u. 29. 1. 1915 des „monistischen Jahrhunderts"). Denn hier, in der Gefolgschaft Haeckels, hat sich Maurenbrecher auch betätigt. Dort heißt es unter dem Titel „Die neuen Ideen":

„Es ist dem Deutschen nicht gegeben, Gewalttat und Herrschaft um ihrer selbst willen zu suchen. Wir müssen glauben dürfen, daß wir auch ein sittliches Recht haben, daß wir der Menschheit auch wirklich neues, wertvolles, sonst nicht Erreichbares bringen.... Wir müssen über die Enge unserer christlich-konfessionellen Vergangenheit hinauswachsen in die Weite einer allgemeinen Anerkennung des menschlich Edlen und Guten, was auch immer sein Gewand sei...."

Dies spricht für sich.

8. Ein Briefwechsel mit der oberschlesischen Plebiszit-Kommission

Aus einem Briefwechsel, der sich im Anschluß an einen Artikel „Die Ermordung Th. Kupkas" in der „Deutschen Zeitung" Nr. 129 zwischen dem Landesverband Oberschlesien und der Plebiszit-Kommission entspann, geben wir nachstehend die bemerkenswertesten Stellen wieder:

Oppeln, den 4. Januar 1921.

Wir überreichen Ihnen in der Anlage ergebenst Nr. 528 der „Deutschen Zeitung", Abschrift eines Artikels der Kathol. Volkszeitung Nr. 129.

Die D. Z. bringt einen Artikel, „Die Ermordung Th. Kupkas", in dem der Versuch gemacht wird, dem Judentum den Mord, sowie die Verantwortung für die Zustände in O.-S., in die Schuhe zu schieben.

Wir versagen es uns, an dieser Stelle die moralische Seite dieses eigenartigen Verhaltens einer „deutschen" Zeitung aufzurollen; auch beabsichtigen wir nicht, den Schutz der Pleb.-Komm. gegen antisemitische Verleumdungen anzurufen. Um so nachdrücklicher müssen wir dagegen auf die katastrophale Bedeutung und Wirkung dieses und ähnlicher Fälle in nationaler Hinsicht hinweisen..........

Im Zusammenhang mit diesem Fall wollen wir es nicht unterlassen, einige weitere Vorkommnisse aus O.-S. zur Kenntnis zu bringen, die für die Beurteilung der Verhältnisse nicht unwesentlich sind. In Rybnik ist es zu einer Prügelei zwischen jüdischen und Hakenkreuz-Gymnasiasten gekommen. In Myslowitz haben die „deutschen" Studenten eine Ferienkneipe eingerichtet — unter Ausschluß der jüdischen. In Kattowitz bemühen sich „deutsche" Gymnasiasten angelegentlichst, ihren jüdischen Mitschülern klar zu machen, daß der Jude kein Deutscher sein könne, auch wenn er wolle, und in vielen anderen Orten Oberschlesiens tritt kein anderer Geist zutage. Und das alles in dem Augenblick, da die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht werden, jeden deutschen und „fremdstämmigen" Abstimmungsberechtigten nach O.-S. zu bringen, resp. für die deutsche Sache zu gewinnen. Auch für diese Fälle kann die beigefügte Abschrift lehrreich sein, wie gut es die Polen verstehen, die Blößen ihrer (deutschen) Gegner für ihre Zwecke auszunützen..........

....Kein billig und nur einigermaßen klar und vernünftig Denkender kann aber von den Juden verlangen, daß sie ihre Haut für ein Deutschtum zu Markte tragen, das ihnen in dieser Weise und bei jeder nur möglichen Gelegenheit ins Gesicht schlägt.

Wir geben uns der bestimmten Hoffnung hin, daß Sie gleichfalls sich diesen ernsten Erwägungen nicht verschließen und Mittel und Wege finden werden, durch unmittelbare Einwirkung wie auch durch die Unterkommissariate und ganz besonders durch die heimattreue Presse auf den gefährlichen und antinationalen Charakter der antisemitischen Bewegung und ganz besonders solcher Tollhäusleriaden wie die der „D. Z." aufmerksam zu machen und ihr erfolgreich entgegenzutreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Centralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Der Landesverband Oberschlesien.

Hierauf ging folgende Antwort ein:

Plebiszitkommission für Deutschland.

Auf Ihr gefl. Schreiben vom 4. d. M. beehren wir uns zu erwidern, daß wir die in diesem niedergelegte Auffassung durchaus teilen. Demzufolge haben wir auch bereits entsprechende Maßnahmen zur Abwehr getroffen.

9. Juden und Deutsche in der Tschechoslowakei.

Die jüngsten Pogrome gegen Deutsche und Juden in Böhmen haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen in Böhmen gelenkt. In diesem Lande befanden sich die Juden in den letzten 50 Jahren zwischen zwei Feuern. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, als die Juden die Mauern des geistigen Ghettos niederzureißen begannen und sich der Umwelt näherten, wurden die Juden in Böhmen wie im ganzen deutschen Sprachgebiete immer mehr von der deutschen Kultur durchdrungen. Es ist hinreichend bekannt, welch eine stattliche Reihe bedeutender und hochverdienter Männer auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die böhmischen und namentlich die Prager Juden dem Deutschtum in Oesterreich und im Deutschen Reich geliefert haben. Für den Kampf ums Dasein, den das

Deutschtum in Böhmen und Mähren gegen die Tschechen zu führen hatte, war es von überragender Bedeutung, daß die Juden sich zur deutschen Nation bekannten und bei den Wahlen zu allen parlamentarischen und gesetzgebenden Körperschaften mit den Deutschen stimmten. Seitdem die Juden in Oesterreich volle bürgerliche und politische Gleichberechtigung genossen, verstärkten sie die Reihen der Deutschen in den Sudetenländern den Tschechen gegenüber, und so zeigte es sich, daß das deutsche Bürgertum in Oesterreich, welches so eifrig und unentwegt für die Emanzipation der Juden eintrat, bis diese auch zum Staatsgrundgesetz erhoben wurde — damit nicht nur für die Idee der Freiheit und Gleichheit, sondern zugleich auch für seine eignen nationalen und politischen Interessen gekämpft hatte. Die Juden zogen sich durch ihr Verhalten den Zorn und den Haß der Tschechen zu, kümmerten sich aber nicht darum. Sie hielten unerschütterlich treu zu den Deutschen. Sie gerieten aber in eine gefährliche Zwickmühle, als der Antisemitismus von Deutschland aus sich immer mehr unter den Deutschen in Böhmen ausbreitete, und Deutschböhmen geradezu zur Hochburg des Judenhasses wurde, von wo aus sich dieser über ganz Oesterreich ausbreitete. Die grimmigsten und gefährlichsten Judenfeinde aller Richtungen in Oesterreich kamen aus Deutschböhmen: August Rohling, der erzklerikale Blutlügner von der einen, und K. H. Wolff, der Führer der Los-von-Rom-Bewegung, der förmlich zur Massakrierung und Ausrottung der Juden aufforderte, von der andern Seite, bezeichnen die beiden Pole des deutsch- böhmischen Antisemitismus, der in allen Farben schillern konnte. Trotzdem wurden die Juden in ihrer Haltung nicht wankend. Einer der angesehensten und verdienstvollsten Führer der österreichischen Juden, der vor kurzem im 90. Lebensjahr verstorbene Sigmund Mayer, schrieb noch im Jahre 1916 in seinem prachtvollen und inhaltsreichen Buch „Wiener Juden"*) (einem Quellenwerk ersten Ranges, das jedermann zur Lektüre nicht warm genug empfohlen werden kann) S. 473 folgendes über das Verhältnis der Juden zu den Deutschen: „. . . Doch hier tritt noch die merkwürdige Tatsache hinzu, daß die Juden in den Sudetenländern seit mehr als einem halben Jahrhundert vom ersten Moment des politischen Kampfes zwischen Deutschen und Tschechen die treusten, festesten und opferwilligsten Genossen der Deutschen gebildet haben. Auch der kleinste Jude im letzten Dorfe war immer ein Kämpfer für den deutschen Kandidaten, trotzdem er oft genug seine ganze Existenz, welche von der tschechischen Umgebung abhing, aufs Spiel setzte. In Mähren allein sind sieben Wahlbezirke nur durch die jüdischen Wähler, welche dort das Zünglein an der Wagschale bildeten, für die Deutschen und dadurch die deutsche Majorität im Landtage, erhalten worden. Die oberste Parteileitung der Tschechen hatte den Juden für die bloße Wahlenthaltung in diesen Wahlbezirken die Unterdrückung jedes Antisemitismus unter den Tschechen angeboten; aber die jüdischen Wähler hielten an ihrem deutschen Bewußtsein fest, stimmten geschlossen und entschieden für den deutschen Kandidaten; die überaus große Mehrheit der Juden teilt noch heute unerschütterlich diese Gesinnung, doch ist es das Bewußtsein des geernteten Undanks, welches ihnen und allen Juden gerade diesen deutschen Provinzial-Antisemitismus besonders peinlich macht." Und in der „Frankfurter Zeitung" vom 22. Dezember 1917 lasen wir: „Das Deutschtum von Prag und in einigen anderen böhmischen und mährischen Städten besteht zum allergrößten Teil aus Juden; an diesen, viel mehr als an den alldeutschen Studenten, die mit bunten Farben auf dem Prager Graben zur Erbitterung der Tschechen den berühmten Bummel abhalten, hängt das Dasein der deutschen Sprache in der Hauptstadt Böhmens. Bei den tschechischen Chauvinisten herrscht großer Grimm darüber, daß in Prag sich immer noch eine deutsche Insel erhalten kann. Als die Armee des Großfürsten Nikolaus dicht bei Krakau stand und mit dem Verlust dieser Stadt gerechnet werden mußte, glaubten die tschechischen Fanatiker, daß das Schicksal Prags schon entschieden sei; einige von ihnen gingen mit dem Plan um, bei dem erhofften Einzug der Russen einen Judenpogrom zu veranstalten, um gleichzeitig die Juden wegen ihrer deutschen Gesinnung zu bestrafen und die russischen Befreier in einer kongenialen Weise zu feiern."

In der „Täglichen Rundschau" vom 14. Juni 1917 schrieb ein führender Publizist der damals nationalliberalen jetzt Deutschen Volkspartei Richard Bahr: „ohne das Prager Judentum wäre das deutsche Volkstum in Prag überhaupt nicht denkbar. Diese alten, stolzen Familien, die zum Teil seit sieben Jahrhunderten in der Moldaustadt siedeln, fühlen sich durchaus als Träger und Vorkämpfer deutscher Kultur und wissen dafür nicht geringe Opfer zu bringen." Richard Bahr vergaß nur hinzuzufügen, daß diese alten stolzen Familien, die seit sieben Jahrhunderten in der Moldaustadt siedeln, in jedem dieser sieben Jahrhunderte mehrere Male ausgetrieben und ausgerottet wurden. Die ganze Geschichte der Juden in Prag, sowie in ganz Böhmen und Mähren, ist eine einzige Kette von Austreibungen, von harten, oft blutigen Verfolgungen. Bis in das 19. Jahrhundert hinein verwehrte ihnen das Gesetz, über eine bestimmte Zahl hinaus sich zu vermehren, als wären sie bösartige, giftige Tiere. Nur ein männlicher Sproß jeder Familie durfte sich verheiraten. Jetzt befinden sich die Juden in den Sudetenländern zwischen zwei Mühlsteinen, denn ihr zähes Festhalten am Deutschtum hat ihnen den unversöhnlichen Haß des gesamten Tschechentums zugezogen. Aber Richard Bahr hat, indem er diese Tatsache konstatiert, gegen den deutschen Antisemitismus in Böhmen nicht das leiseste Tadelwort, im Gegenteil, er gießt die volle Schale seines Zorns über die Wiener Juden aus (die zu vier fünfteln aus Böhmen stammen). Er findet nämlich, die Wiener Juden seien viel zu wenig nationalistisch. (Man befrage darüber doch nur die Tschechen!) „Einen deutschen Nationalisten jüdischer Abstammung sah man noch nie", jammert er. Und er versichert, in Oesterreich gebe es mehr Juden, „als der deutsche Volksteil noch ohne Fährnis zu verarbeiten vermag." Es bleibt nichts übrig, als sie totzuschlagen und auszutreiben. In Wien müssen sie als Juden von den Deutschen totgeschlagen und ausgetrieben werden. In Prag werden sie als Deutsche von den Tschechen totgeschlagen und ausgetrieben.

. . . . Macht nichts, der Jude wird verbrannt!

Verax.

10. „Deutschamerikaner".

In dem Verlage von August Scherl, in dem auch der bekanntlich stark rechts gerichtete „Lokal-Anzeiger" erscheint, ist von Herbert Kettner unter dem Titel „Vom Goldenen Tor zum Goldenen Horn und nach Bagdad, Meine Kriegsfahrt" ein

*) Zweite Auflage, 1918. R. Löwit Verlag, Wien-Berlin.

Buch erschienen dem wir eine Stelle entnehmen, die unseren Freunden in Versammlungen bei der Abwehr der häufig vorgebrachten Angriffe, daß nur jüdische Deutsch-Amerikaner ihr altes Vaterland vergessen und verleugnet hätten, gute Dienste leisten dürfte:

„Deutsch-Amerikaner! Meine Erfahrungen des ersten Kriegsjahres drüben geben diesem Worte für immer einen bitteren Beigeschmack. Im Klub, im Verein, im Restaurant, auf der Kegelbahn sind sie richtige, waschechte Hurra-Patrioten. Aber sind sie unter Amerikanern, so ducken sie sich hübsch, nur ja den Mund halten. Amerika mag nun einmal den Deutschen nicht. Wenn ich mich jetzt als Deutscher aufspiele, könnte ich meinem Geschäfte schaden. Das ist der Brennpunkt: das Geld, der liebe Dollar. Daran krankt die breite Masse der Deutsch-Amerikaner. Es gibt natürlich auch Ausnahmen, aber diese sind in der verschwindenden Minderheit. Wie wäre es sonst möglich, daß die Deutsch-Amerikaner, die zusammen mit den Iren eine ziffernmäßige Mehrheit in den Vereinigten Staaten haben, keine deutschfreundliche oder wenigstens neutrale Politik haben erzwingen können?"

11. Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz.

Aus Anlaß einer Beschwerde hat die Auslands-Abteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz folgende Erklärung abgegeben, deren Inhalt sich mit den schon wiederholt erteilten Erklärungen deckt: „Bezugnehmend auf das dortige Schreiben vom 29. Nov. 1920 J.-Nr. 14983/627/44 b erlauben wir uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir dem cand. med. Herrn R. S. bereits unsererseits unter dem 7. Dezember 1920 unsere Stellungnahme haben zugehen lassen, dahin lautend, daß das Deutsche Rote Kreuz in seiner Arbeit und Auffassung auf dem Boden rein humanitärer Bestrebungen zum Wohle aller Menschen, ohne Unterschied der Partei und Konfession, stehe."

12. Weltbund Kinderdank.

In einer Notiz der antisemitischen Zeitschrift „Hammer" vom 1. 11. 20 war darauf hingewiesen, daß seit Frühjahr 1919 auffallend viele Kinder verschwunden wären, ohne daß sich über den Verbleib etwas hätte ermitteln lassen. Durch Hinweis auf eine von Athanasius Fern im Hammer-Verlag erschienene Schrift „Jüdische Moral und Blut-Mysterium" wurde das Märchen über Blutmorde an Christen, besonders vor dem jüdischen Passahfest, wieder aufgewärmt und betont, daß ein religiöses Gebot hierzu in Talmud-Vorschriften zu finden sei. Diesen auf den Grund zu gehen und den Verbleib verschwundener Kinder festzustellen, habe sich der „Weltbund Kinderdank", Schriftwart Hans Hoffmann-Queckenau in Hintermeilingen, Kreis Limburg, Lahn, Schatzmeister Rechnungsrat Oskar Liebisch, Charlottenburg, Horstweg 2 zur Aufgabe gemacht.

Der Bund arbeitet zunächst mit Flugblättern, hat bisher materiell geringen, ideell großen Erfolg gehabt.

Einer Anmeldung als Mitglied sind Bild und Blutbekenntnis beizufügen.

13. Karl Boehle.

Ueber die Persönlichkeit des Inhabers der „Deutschen Buchhandlung", des bekannten Antisemiten Karl Boehle, Frankfurt a. M., Braubachstr. 11, konnte folgendes festgestellt werden:

„Karl Boehle ist am 4. August 1875 in Wolfhagen bei Kassel geboren und wie folgt bestraft:

Schöffengericht Kassel: 21. 1. 92, Körperverletzung, 15,— Mark oder 3 Tage Gefängnis.

Landgericht Elberfeld: 23. 11. 94, Diebstahl, 4 Mon. Gefängnis.

Landgericht II Düsseldorf: 21. 6. 97, Diebstahl in 3 Fällen, ein Jahr Gefängnis.

Landgericht II Düsseldorf: 4. 11. 97, Diebstahl in 2 Fällen, 6 Monate Gefängnis.

Landgericht II Düsseldorf: 7. 3. 98, 6 Monate Zusatzstrafe.

Vor 2 französischen Gerichten am 28. 11. 1912, Beleidigung je 60 Frcs.

14. Gesellschaft deutscher Rosenkreuzer.

Die Mitteilung Nr. 8 im Heft 29 vom 24. 11. 20. können wir jetzt abschließend dahin ergänzen, daß die Gesellschaft antisemitische Bestrebungen nicht verfolgt. Sie läßt auch zu den intimen Sitzungen Juden ohne weiteres zu, wenn sie eingeführt werden, sieht aber Juden bei Medienabenden nur nicht gern anwesend, weil sie zu skeptisch wären und so zu leicht die Arbeiten der Medien erschwerten. Das des Hakenkreuzes wegen verdächtige Siegel soll als kabbalistisches Zeichen gelten im Hinblick auf die Erforschung okkulter Wissenschaften. Die Gesellschaft soll an mehreren Orten schon Zweigvereinigungen gebildet haben. Sollte an irgendeinem Orte das Bestehen einer Zweigstelle bekannt werden, so bitten wir um Benachrichtigung, vor allem aber, falls irgendwelche antisemitische Bestrebungen einer dieser Stellen sich bemerkbar machen sollten.

15. Bartelsbund.

Der Politisch-Anthropologischen Monatsschrift vom Dez. 1920, XIX. Jahrg. Nr. 9, Verlag Hamburg 1, Ferdinandstr. 5 entnehmen wir, daß an Bismarcks Geburtstag 1920 in Leipzig „Der Bartelsbund" gegründet ist, der für den Dithmarschen Dichter, Literaturgeschichtsschreiber und Kulturpolitiker Adolf Bartels kämpfen und in dessen Sinne arbeiten will. Die Hauptaufgabe lautet: „Eintreten für gesunde deutsche Literatur, insbesondere auch die Heimatkunst." Gelöst werden soll diese Aufgabe durch Veranstaltung völkischer Unterhaltungsabende, möglichst unter Hinzuziehung künstlerischer Kräfte, auch soll sich jedes Mitglied verpflichten, in seinem Wirkungsorte Theater und Kino im völkischen Sinne zu beeinflussen.

Nur Deutsche nach vollendetem 17. Lebensjahr werden aufgenommen. Jeder Neueintretende muß schriftlich und mündlich des Klubs Bekenntnis ablegen: „Ich erkläre, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen von väterlicher und mütterlicher Seite her keinen Tropfen jüdischen Blutes in mir habe." Selbstverständlich darf ein Bartelsbundmitglied keine Jüdin heiraten, soll auch den völkischen Instinkt nach dieser Richtung hin in seiner Sippe klären und schärfen.

Schriftführer des Bundes ist cand. phil. W. Bartmuß, Göttingen, Bergmannstr. 4, Beisitzer cand. germ. H. S. Ziegler, Wussecken (Kr. Köslin), Vorsitzender der Lehrer Walter Loose, Naunhof bei Leipzig.

16. Bayrische Mittelpartei.

Im „Land- und Seeboten" erläßt die Geschäftsstelle Sternberg der bayr. Mittelpartei (D. Nat. Volkspartei in Bayern) ein Inserat „Zur Judenfrage", in dem sie ihre Zuverlässigkeit in antisemitischer Beziehung betont und in einem versteckten Angriffe gegenüber der nation. soz. Arbeiterpartei praktischen Antisemitismus empfiehlt. Dieser soll neben den üblichen Forderungen darin bestehen, „Juden jeden gesellschaftlichen Verkehr zu verweigern, nicht in jüdischen Läden zu kaufen und jede geschäftliche Beziehung zu Juden zu vermeiden."

17. Finanzierung des „Kampf."

Vor kurzem wurde in München die anscheinend auf einer Spitzelmeldung beruhende Nachricht verbreitet, in einer Aufsichtsratssitzung der Münchener U S P-Zeitung „Kampf" sei bekannt gegeben worden, daß durch Unterstützung der drei in jüdischen Händen befindlichen Kaufhäuser Tietz, Oberpolinger und Uhlfelder der Fortbestand der Zeitung gesichert sei. Diese Notiz ist auch in Nr. 16 der Kreuzzeitung erschienen. Unsere Ortsgruppe hat festgestellt, daß Uhlfelder niemals einen Pfennig für den „Kampf" gegeben hat, und die beiden anderen Firmen im regelmäßigen Geschäftsbetrieb Inserate in ganz mäßigem Umfang, weit weniger als anderen Blättern der verschiedenen Richtungen, bestellt haben. Diese Richtigstellung ist an die dafür in Betracht kommenden behördlichen Stellen und an die Presse weitergeleitet worden. Wir bitten unsere Freunde, falls eine falsche Meldung in irgend einem Provinzblatte wieder auftaucht, die betreffende Zeitung der Ortsgruppe München zur weiteren Veranlassung einzusenden.

18. „600 000 Deutsche jüdischer Religion."

Die Deutsche Zeitung vom 13. 1. 21 bringt unter obenstehender Ueberschrift folgende Notiz:

„Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus erläßt einen Aufruf (s. D. Ztg. Nr. 4, 4. 1. 21), in dem der obige blühende Unsinn vorkommt. Die Herren scheinen ihr eigenes mangelhaftes Sprachgefühl auch bei anderen vorauszusetzen. Es ist ja leider richtig, daß sprachliche und daher auch gedankliche Unklarheit noch bei sehr vielen Deutschen anzutreffen ist, zu ihrer Belehrung sei folgendes gesagt:

Deutscher — Angehöriger des deutschen Volks ohne Rücksicht auf Religion und Staatsangehörigkeit.

Deutschtum — Deutsches Volkstum, ist angeboren, sitzt im Blut, kann weder erworben noch abgelegt werden.

Jude — Angehöriger des jüdischen Volkes ohne Rücksicht auf Religion und Staatsangehörigkeit.

Judentum — jüdisches Volkstum ist angeboren usw.

Jüdische Religion gibt es nicht; die Mehrzahl der Juden bekennt sich zur mosaischen Religion, viele auch zu den verschiedenen christlichen; in Ostasien wahrscheinlich auch zur buddhistischen. Sie alle sind und bleiben Juden — Angehörige des jüdischen Volkes. Jude und Christ ist also kein Gegensatz, ein Jude (Angehöriger des jüdischen Volkes) kann sehr wohl Christ sein.

Die 600 000 des genannten Vereins sind nicht Deutsche, sondern Reichsangehörige. Es gibt Reichsangehörige, die keine Deutsche, es gibt Deutsche, die keine Reichsangehörige sind.

Die Ueberschrift müßte richtig heißen: „600 000 reichsangehörige Juden mosaischer Religion!"

Deutschvölkisch gesinnte Eltern, Lehrer und Erzieher haben die Pflicht, ihren Kindern, Schülern und Zöglingen das Sprachgefühl grade auf diesem Gebiet immer wieder zu schärfen und zu üben. Ohne schärfste sprachliche und gedankliche Klarheit kommen wir nicht weiter."

19. Zur Abstimmung über das Volksbegehren.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 11. 12. 1920 brachten anläßlich der Abstimmung über das Volksbegehren auf Erneuerung des Gemeinderates — die von den bürgerlichen Parteien verlangt wurde — folgende Erklärung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens, Ortsgruppe München, zum Abdruck:

„Die in der Freitagabend-Versammlung der bürgerlichen Parteien von unberufener Seite ausgesprengte Behauptung, die Münchener Juden hätten eine Wahlparole gegen das Volksbegehren ausgegeben, ist vollständig unwahr. Wenn allerdings etwas geeignet wäre, die zahlreichen jüdischen Anhänger der Volksabstimmung ins gegnerische Lager zu treiben, wäre es die Zulassung solch maßloser Judenhetze, wie sie in jener Versammlung versucht wurde, worüber uns christliche Führer der beteiligten Parteien ihr aufrichtiges Bedauern ausgesprochen haben."

20. Juden als Erfinder.

Wie der „Königsberger Anzeiger" vom 11. 1. 21 meldet, nahm in einer Festsitzung der „Königsberger-Cranzer-Eisenbahngesellschaft" Exzellenz von Batocki das Wort für den Aufsichtsrat. Er gedachte dabei des früheren Direktors der Bahn des Baurats Bernstein und erinnerte daran, daß Baurat Bernstein ihm bereits 1915 das Projekt der nachher im Kriege soviel verwendeten Tanks vorgeführt, und er, Exzellenz von Batocki, habe sich mehrfach bemüht, die Regierung dafür zu interessieren. Leider sei Baurat Bernstein zweimal mit seinen Vorschlägen abgewiesen worden. Baurat Bernstein war der Sohn des bekannten Schriftstellers Aron David Bernstein, der bis zu seinem Tode Mitglied der Ortsgruppe Königsberg war.

21. „Jüdisiches" Großkapital.

Die Nummer 27 der „Deutschen Zeitung" Morgenausgabe, vom 18. Januar 1921, bringt schwarz umrahmt folgende Notiz, deren weiteste Verbreitung zu wünschen ist:

„Nationalgesinnte

christliche Herren jeden Standes gesucht, die durch Übernahme resp. Zeichnung von Aktien in Beträgen von M. 100 000 bis M. 500 000 an Umwandlungen industrieller Unternehmungen in Aktien-Gesellschaften teilnehmen wollen. 20—30 % Dividenden-, resp. Kursgewinn. Suchender ist Bankfachmann. Angebote an „Finanzgruppe 4", Invalidendank, Berlin W 9,"

22. „Die Geheimnisse der Weisen von Zion."

Eine deutschnationale Beurteilung

In der Nr. 31 der von Pfarrer Traub herausgegebenen „Eisernen Blätter" bespricht Dr. Ulrich Kahrstedt die „Geheimnisse der Weisen von Zion",

mit folgenden Worten, die einer Erklärung nicht weiter bedürfen, und die beste Verurteilung dieses Machwerkes, sogar von deutschnationaler Seite darstellt.

„Das Wesentliche über das Buch ist eigentlich bei der Würdigung von Strack in Nr. 30 gesagt. Auch in der neuen Auflage machen den Hauptteil aus die 24 Sitzungen eines tatsächlich drei Tage währenden Kongresses. Jeder Mensch, der je eine Sitzung mitgemacht hat, sieht außerdem sofort, daß so nie ein Protokoll aussieht, so nie eine Sitzung verläuft. Wer nicht ganz voreingenommen herangeht, wird überhaupt ein „Protokoll", das keinen Redner namhaft zu machen weiß, mißtrauisch betrachten. Entscheidend ist, daß die Juden auf diesem Kongreß all die Pläne aushecken, die seit dem 12. Jahrhundert als ihre Spezialität gelten. Der Historiker findet schmunzelnd alle Ladenhüter aus der Kreuzfahrerzeit wieder und stellt fest, daß das Zeitalter der Aufklärung in Europa doch nicht alle Kreise erfaßt hat. Manches ist modernisiert, ohne deshalb verbessert zu sein. Wenn wir ganz ernsthaft vorgetragen finden, daß die Untergrundbahnen der europäischen Großstädte von den Juden erfunden sind, um die Wohnungen der Christen in die Luft zu sprengen, ist der Punkt erreicht, wo die Zuständigkeit des Politikers aufhört und die des Mediziners anfängt. Die Bekämpfung jüdischer Uebermacht wird durch solche Bücher sehr erschwert."

23. Die „Judengenugtuungsfrage".

Die „Innere Beilage der Akademischen Blätter", die als vertraulich bezeichnet wird, enthält in Nr. 18 vom 16. 12. 20 Mitteilungen über die Verbandstagung des „Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deustcher Studenten in Kelbra". Auf Seite 2 folg., sowie auf Seite 5 folg. wird die sogenannte „Judengenugtuungs"-Frage behandelt. Interessant erscheint uns, daß die Jenaer Antragsteller, vertreten durch Stier-Jena, ihren Antrag, Juden keine Genugtung zu geben, durch den Hinweis darauf unterstützen, daß ein Knüttel-Komment nicht eintreten könne, da man ja die neue Göttinger Ehrenordnung habe. Diese verbietet den Knüppel-Komment an denjenigen Universitäten, die die Göttinger Ehrenordnung angenommen haben und bedrohen jeden, der sie übertritt, mit Relegation. Der Schluß, daß man diesen Antrag nicht gestellt hätte, wenn man die Göttinger Ehrenordnung nicht gehabt hätte und der Knüttel-Komment also eintreten könne, erscheint als naheliegend und wirft auf die Tapferkeit der im K.-V. vereinigten Vereine deutscher Studenten ein recht bezeichnendes Licht. — Ueber die Meinung Kollaths-Kiel, daß der „Jude durch diese Anträge ins Herz getroffen würde", kann man wirklich nur lachen, umsomehr als (siehe Seite 3 der vertraulichen Beilage) Schwartzkopf-Charlottenburg sich auf § 9 des Marburger A.B.C beziehend erklärt, daß es sich hier um die äußere (objektive) Ehre handele. Ein anständiger Jude aber legt gewiß nicht den geringsten Wert auf diese äußere (objektive) Ehre des Marburger A. B. C. Gott sei Dank hängt ja das, was wahre Menschen unter Ehre verstehen, nicht von Bestimmungen der Vereine deutscher Studierender ab. Daß aber selbst diese Herren nach der Erklärung des Herrn Krämer-Bonn einsehen, daß der Zweikampf kein germanisches Vorrecht, sondern auf romanischem Boden entstanden und von dort übernommen sei, ist recht bemerkenswert, scheint aber nur in der vertraulichen Beilage eingestanden zu werden.

Welch wichtige Dinge diese Herren zu besprechen hatten, geht aus der auf Seite 7 enthaltenen Debatte über die Bierzipfel-Frage hervor. Nach Ansicht von Heckstedten-Heidelberg ist der Bierzipfel für die Ver. deut. Stud. ein Mittel zum Kampf ums Dasein. Der Kampf ums Dasein wird aber offenbar nicht nur mit Bierzipfeln geführt, sondern, wie sich bei weiterer Durchsicht der „Akademischen Blätter" ergibt, (Seite 215), weist die Auskunftsstelle des K.-V unter ihrer Rubrik „Stellenangebote" (Nr. 104) die Stelle eines Diplomingenieus der Elektrik im Installationsbüro der A. E. G. nach. Der K.-V., der Juden keine Genugtuung gibt und sie dadurch ins Herz treffen will, muntert seine Angehörigen also dazu auf, das Geld einer Gesellschaft zu nehmen, deren 1. Direktor ein Jude ist. Unter Nr. 10a der „Stellenangebote" wird für einen Flecken im pommerschen Landkreis ein deutschnational-gesinnter Arzt gesucht, „da dort zur Zeit nur ein jüdischer Arzt". Hier wollen also die Herren den Kampf ums Dasein weniger mit dem Bierzipfel als mit der deutschnationalen Gesinnung führen, und dieselben deutschnationalen Herren werden sicherlich mit großem Interesse das Stellenangebot Nr. 116 zur Kenntnis nehmen, in dem ein Tierarzt für einen Ort in Polen gesucht wird. Man braucht dem, was aus diesem Stellenangebot spricht, wohl nichts mehr hinzuzufügen.

24. Hakenkreuzgeist an der technischen Hochschule zu Charlottenburg.

Durch die Presse gingen vor kurzem eine Reihe von Notizen über den Hakenkreuzgeist, der an der technischen Hochschule zu Charlottenburg zur Zeit herrscht. So wurde z. B. auf dem Fragebogen zur Annahme von nicht eingebürgerten Studierenden als Nr. 11 der Nachweis arischer Abstammung verlangt. Eine Unterredung mit dem Rektor der technischen Hochschule, Herrn Geheimrat Pschorr, hat nun folgendes ergeben:

Der betreffende Fragebogen ist vor vielen Monaten, bereits unmittelbar nach seinem Entwurf, vom Rektor beanstandet worden, und der Rektor hat veranlaßt, daß die gerügten Ausschreitungen des antisemitischen Geistes verschwinden. Nach der Mitteilung des Rektors hat die Studentenschaft eingesehen, daß sie zwar das Mitbestimmungsrecht über den Eintritt von fremden Studierenden in die Hochschulverbände der Studenten, nicht aber über die Anfnahme der Studierenden als Studierende oder Hörer hat. Diese Verquickung ist vom Rektor gerügt und abgestellt worden. Zu den letzten Wahlen des Studentenausschusses hat die Liste der jüdischen Studentenschaft nicht die zur Entsendung eines Vertreters nötige Stimmenzahl von über 80 erreicht. Trotzdem haben die anderen Studenten den jüdischen Studenten einen Vertreter eingeräumt unter Verzicht auf eine Stimme, damit den jüdischen Studenten das Wort in den Ausschußsitzungen nicht abgeschnitten ist. Der Rektor betonte wiederholt, daß alles, was in seiner Macht liege, um Ausschreitungen der gerügten Art zu verhindern, schon seit seinem Amtsantritt durchgeführt werde.

25. Der Geist der Burschenschaft.

Das Mitglied des C.-V., Dr. Alfred Frank-Berlin, veröffentlicht in der Abendausgabe des Berliner Tageblatts vom 10. 1. unter der obigen Ueberschrift einen Artikel, der sich mit den Eisenacher Beschlüssen der allgemeinen deutschen Burschenschaft beschäftigt. Interessant ist die Feststellung, daß er an zehn rechts-

stehende Blätter die Eisenacher Beschlüsse mit der Bitte um Veröffentlichung und um Zusendung des betreffenden Blattes gesandt hat, daß er aber von keiner Seite eine Antwort erhielt. Dr. Frank deutet dies als ein Schweigen der Verlegenheit. Das Verbot der Heirat „mit einem jüdischen oder farbigen Weib" bezeichnet Frank in dieser bewußt frechen Zusammenstellung als Infamie, und die Verweigerung der Satisfaktion einem jüdischen Studenten gegenüber als erbärmliche Feigheit und einen Mangel an Verantwortungsgefühl gegenüber der eigenen Handlungsweise. Der Artikel schließt mit einem flammenden Bekenntnis zum deutschen Vaterlande. Inzwischen hat in den Reihen der Burschenschaftler bereits eine Gegenbewegung eingesetzt.

26. Die verbotenen Weihnachtslieder.

Durch die verschiedensten Zeitungen, besonders in Hannover und Ostpreußen ging eine Mitteilung, nach welcher in Kindergärten und Krankenhäusern Neuköllns das Singen von Weihnachtsliedern verboten sein soll. Die diesbezügliche Verfügung soll den Namen Silberstein getragen haben. Wie nicht anders zu erwarten, wurden allenthalben recht unangenehme Kommentare daran geknüpft. Wir stellten sofort Ermittlungen an, ob die Angelegenheit den Tatsachen entspricht. Das Pressebüro des Neuköllner Magistrats äußerte sich dazu wie folgt:

„Was in dem Artikel behauptet wird, entspricht nicht der Wahrheit. Es ist im städtischen Krankenhause Neukölln keinem Kranken verboten worden Weihnachtslieder zu singen, im Gegenteil, es findet, wie alljährlich auf allen Stationen, eine Weihnachtsfeier statt, und es wird jedem Kranken, der einen Pfarrer zu haben wünscht, die Möglichkeit gegeben, auch am Heiligabend geistlichen Zuspruch zu genießen. Der Erlaß, den der Dezernent des Krankenhauses an die Direktionen gerichtet hat, lautet wörtlich:

„Es ist bei uns darüber Beschwerde geführt worden, daß am 1. Adventssonntage bereits morgens zwischen 5½ und 6½ Uhr auf den Korridoren und in den Krankenzimmern von den Schwestern geistliche Lieder gesungen worden sind. Abgesehen davon, daß das Absingen von Liedern in so früher Morgenstunde zweifellos störend auf viele Kranken wirkt, möchten wir Sie bitten, der Schwesternschaft durch die Oberin mitteilen zu lassen, daß das Krankenhaus der Stadt Neukölln ein nicht konfessionelles Krankenhaus ist, in dem religiöse Betätigung der Schwestern, die das nicht religiöse Empfinden von Patienten zu stören geeignet sind, möglichst auf den Krankensälen und Korridoren zu unterlassen ist".

In diesem Erlaß ist mit keinem Wort von dem Verbot des Gesanges von Weihnachtsliedern durch Kranke die Rede. Auch die Schwestern können sich religiös, wenn sie unter sich sind, betätigen. Es liegt aber im Wesen eines nicht konfessionellen Krankenhauses, daß Kranken nicht religiöse Betätigung aufgedrängt wird."

Unser Neuköllner Vorstandsmitglied teilt uns dazu noch folgendes mit:

„Dr. Silberstein hat selbst im Kreise der Pastoren an der Weihnachtsfeier im Krankenhause teilgenommen. Die Beschwerde erließ der schwerkranke, inzwischen verstorbene Stadtverordnete Wücke, Mehrheitssozialist, evgl., der durch den Gesang auf seinem Schmerzenslager in früher Morgenstunde gestört wurde. Dr. S. hat lediglich als Beauftragter des in der Mehrheit sozialistischen Magistrats gehandelt, der in Krankenhäusern konfessionelle Betätigung nicht wünscht. Ich selbst habe übrigens beim Besuch kranker Angehöriger das Weihnachtslied singen hören, ohne daß $^2/_5$ der jüdischen Kranken an dem Gesang Anstoß nahmen".

Verfasser der Notiz ist der berüchtigte, ehemalige Stadtverordnete Emil Kloth, der als Spitzel verdächtigt war von der Sozialdemokratie ausgeschlossen wurde, und sich jetzt an seinen früheren Parteifreunden rächt, indem er in rechtsstehenden Blättern fortgesetzt in gemeiner Weise gegen die Sozialdemokratie und den Neuköllner Bürgermeister loszieht.

27. Das Hakenkreuz auf dem Standesamt.

Am 14. Dezember 1920 fand auf dem Standesamt 2, in Berlin, eine Trauung statt, bei welcher der den Trauakt vollziehende Standesbeamte ein Hakenkreuz als Schlipsnadel trug. Der Centralverein hat an den Polizeipräsidenten und den Oberbürgermeister der Stadt Berlin sofort eine entsprechende Beschwerde gerichtet, die wir als Material für ähnliche Fälle auszugsweise abdrucken:

„Es verletzt weite Kreise des deutschen Volkes — nicht nur die mosaischen Glaubensbekenntnisses — wenn ein Standesbeamter im Dienst ein Abzeichen trägt, mit dem er kundgeben will, daß er einen Teil der deutschen Bürger als Menschen niederen Rechtes betrachtet.

Man möge sich die Empfindungen eines Brautpaares vorstellen, das seine Ehe durch einen Mann schließen lassen muß, der ihm gleichzeitig durch sein zur Schau getragenes Kampfzeichen stumm aber unzweideutig die beschimpfenden Worte ins Gesicht schleudert: „Ihr seid keine Deutschen, Ihr gehört unter die Fremdenpolizei. Hinaus aus dem Lande, das Ihr Euer Vaterland nennt. Ihr seid von religions- und rassewegen minderwertig."

Mag der Beamte außerhalb seines Dienstes seinen politischen Neigungen leben und, wenn es seinem Geschmack entspricht, Überzeugung und Willensrichtung plakatartig auf Rock und Mütze verkünden. Im Dienste aber hat er sich jeder politischen Betätigung zu enthalten; die Plakatierung ist eine solche Betätigung. Am allerwenigsten darf einem Staatsbürger angesonnen werden, dienstlich mit einem Beamten zu verkehren der beflissen ist, ihm seine Mißachtung zu zeigen.

Nach den uns zugegangenen Beschwerden wächst die Erbitterung über solche hetzerische Demonstrationen; denn um solche handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle.

Mit der sehr ergebenen Bitte um ein allgemeines Verbot des Tragens politischer Abzeichen im Dienst an die dem Herrn Oberbürgermeister unterstellten Beamten, verbinden wir das Ersuchen, uns gütigst wissen zu lassen, ob der betreffende Standesbeamte eine entsprechende Belehrung erfahren hat."

28. Der „Hakenkreuz-Jahrweiser 1921".

Der „Hakenkreuz-Jahrweiser 1921, Hakenkreuz-Verlag Hellerau bei Dresden, weist seinem bildlichen und textlichen Inhalte nach eine gegen die Juden gerichtete, stark verhetzende Tendenz auf, die mit Literatur wenig oder gar nichts gemein hat.

Sind also schon deshalb aus dem Verkauf des Kalenders unliebsame Konsequenzen zu befürchten, so kommt besonders hinzu, daß sich darin die gegen die Firma Lewin, Breslau, gerichteten unwahren Beschimpfungen des D. v. Schutz- und Trutzbundes befinden, deren Verbreitung durch Verfügung des Landgerichts Breslau vom 20.5.1920 bei Strafe verboten worden ist. Die Aufrechterhaltung dieses Verbots ist in neuer Verhandlung am 17. November 1920 von Gerichtsseite beschlossen worden. Die im Zuwiderhandlungsfalle vorgesehene Strafe trifft auch den Verbreiter, namentlich denjenigen Buchhändler, der den Kalender verkauft. Im Zusammenwirken mit den beteiligten Stellen bitten wir hiervon gebührend Kenntnis zu nehmen.

29. Zur Affäre Rosenthal.

In der antisemitischen Presse wird die Schieberaffäre Rosenthal zum Gegenstand lebhafter Agitation gemacht. Es handelt sich um umfangreiche Betrügereien, Kettenhandel, Wucher und Steuerhinterziehungen, an denen außer dem Juden Rosenthal die christlichen Dresdener Kaufleute Boettcher, Feßler und Hildebrandt beteiligt sind. Im direkten Zusammenhang steht die Angelegenheit des ebenfalls nichtjüdischen Wartner-Freiburg, der den kommunalen Verband durch falsche Rechnungen um 287 000 M. betrogen hat und dessen Mitschuldiger Lange, der $2^1/_3$ Kilo Gold und 7 Kilo eingeschmolzenes Silber aufbewahrte. Gleichfalls schwer belastet ist auch die Dresdener Wareneinfuhrgesellschaft.

30. Kauft keine antisemitischen Broschüren!

In der letzten Zeit wird uns von verschiedenen Seiten berichtet, daß die besten Kunden von Straßenhändlern mit judengegnerischen Zeitschriften, Broschüren etc. Juden seien. Wir bitten unsere Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner in ihrem Bezirke auf geeignete Weise dringend dafür zu sorgen, daß dies unterbleibt. Insbesondere ist dieser Uebelstand in unseren Versammlungen zur Sprache zu bringen. Die Zentrale wie die Landesverbände, die antisemitische Literatur unbedingt benötigen, beschaffen sich diese unauffällig. Es ist aber die beste Reklame für unsere Gegner und eine gute finanzielle Unterstützung für sie, wenn ihre Schriften und Zeitungen massenhaft durch — Juden gekauft werden.

31. Zur Beachtung!

Wir bitten davon Kenntnis zu nehmen, daß wir infolge der hohen Porto- u. Briefkosten nur dann den Empfang einer Einsendung bestätigen, wenn eine Beantwortung erforderlich ist. Unsere Freunde werden uns diesen Standpunkt, auf den wir uns aus Sparsamkeitsrücksichten stellen müssen, sicherlich nicht verübeln.

32. Versendung von Aufklärungsmaterial.

Sonderangebot für die Wahlzeit.

Infolge besonderer Umstände sind wir in der Lage, die folgenden wichtigen Aufklärungsschriften während der Wahlzeit zu besonders niedrig gestellten Preisen abgeben zu können. Ueber die Wichtigkeit der Versendung aufklärender Literatur an christliche Kreise braucht unseren Freunden nichts gesagt zu werden. Wir bitten daher, von diesem Angebot, das wir nur für kurze Zeit aufrecht erhalten können, einen möglichst umfassenden Gebrauch zu machen.

Wir geben ab:

1. **Opp.-In-Eronikowski, früher pro Exemplar Mk. 4.50, jetzt Mk. 4.—.** Bei Entnahme von 500 Stück M. 3.90, von 1000 Stück an Mk. 3.75 pro Exemplar.
2. Kroschel, Das deutchnationale Gewissen, früher Mk. 1.50, jetzt Mk. 1,20.
3. **Leiser, Juden im Heer,** früher M. 0.25, jetzt M. 0.12.
4. **Goslar, Jüdische Weltherrschaft,** früher Mk. 1.80, jetzt Mk. Mk. 1.—.
5. **Freund, Tatsachen,** früher Mk. 0.60, jetzt Mk. 0.50.
6. **Falk, Licht I,** Juden in den Kriegsgesellschaften, **Licht II,** Judenregierung und Spartakus, früher Mk. 1.50, jetzt Mk. 1.—. Bei Entnahme von 200 Stück Mk. 0.75, bei 200 bis 500 Stück Mk. 0 65.
7. **Jakob, Krieg, Revolution und Judentum,** früher Mk. 1.25, jetzt M. 1.—.
8. **Klupsch, Die Judenhetze,** früher Mk. 2.—, jetzt Mk. 1.20.

33. Aus der Literatur.

a. Der Blutmord in Konitz.

In Nr. 51 der deutschvölkischen Blätter wird mitgeteilt, daß in Kürze eine neue 18. Auflage der umfangreichen Schrift „Der Blutmord in Konitz“ herausgegeben wird, „deren Inhalt durch eine Reihe von Abbildungen wirksam unterstützt wird.“ Wir möchten unsere Freunde darauf hinweisen, daß noch einige Exemplare unserer Gegenschrift, das Gutachten eines Sachverständigen über den Konitzer Mord, herausgegeben nach den amtlichen Akten vom Central-Verein abzugeben sind.

b. Fritz Kahn, Die Juden als Rasse und Kulturvolk.

Berlin, Welt-Verlag, Preis Mk. 20.80.

Wir weisen unsere Freunde auf das ausgezeichnete, reiches Material bietende Werk hin, auf das wir noch in ausführlicher Besprechung zurückkommen werden.

34. Kleine Mitteilungen.

Wohltätigkeit. Bei einer Sammlung, die am 19. 12. 20 in der Metropolitanoper zu New-York stattfand, zeichneten zu Wohltätigkeitszwecken für Mittel-Europa Mr. Felix Warburg 25000 Dollar (zum damaligen Kurse von 70 = 1 750 000 Mark) und Mr. Paul M. Warburg 10 000 Dollar (also 700 000 Mark). In diesem Zusammenhange dürfte es interessieren, dass der bekannte Finanzmann Speyer für die Universität seiner Heimatstadt Frankfurt a. M. $1^1/_2$ Millionen gestiftet hat.

Deutschvölkische Bühne. Nach einer Meldung des Berliner „Börsenkuriers“ (Morgenausgabe vom 15. 1.) haben in Leipzig der Alldeutsche Verband, der Deutsche Herold und die Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Gesinnungsgenossen und Mitglieder zur Aufführung eines Werkes eingeladen, das „auf streng völkischem Boden steht.“

Die wachsenden Sparkassen. Dem Geschäftsberichte zum 28. brandenburgischen Sparkassentage entnehmen wir: Die Sparkassen betrachten sich nicht als Konkurrenzunternehmen der Banken, müssten aber zur Deckung ihrer eigenen Unkosten gewinnbringende Geschäfte betreiben. Die Einlagen der Sparkassen im Bezirk Brandenburg haben sich im laufenden Jahre um 515 Millionen erhöht. Bemerkenswert ist, dass 125 Millionen Hypothekenschulden zurückgezahlt wurden. — Dabei ist zu beachten, dass der Wirkungskreis der Sparkassen hauptsächlich in Klein- und Mittelstädten mit umwohnender Agrarbevölkerung liegt.

Der deutschvölkische Turnverein Charlottenburg (Deutscher Turnerbund 1919) macht durch Flugzettel bekannt, dass sein Turnbetrieb wieder aufgenommen ist. Er will durch Hallen- und Freiluftturnen, durch Schwimmen, Eislaufen und Wandern, durch belehrende Vorträge und Pflege edler deutscher Geselligkeit Körper und Geist, Herz und Gemüt gestählt und gesund erhalten.

Vorsitzender ist Wilh. Dombrowski, Riehlstr. 9.

In den Mitteilungen Nr. 22, 27 und 29 machten wir auf ein **deutschvölkisches Adressbuch,** das demnächst erscheinen sollte, aufmerksam. Heute können wir mitteilen, dass nach der Notiz der „Deutschen Zeitung“ vom 4. 1. in Schneidemühl ein derartiges Handbuch „Deutschvölkischer Herold“ erschienen ist, der alle arischen Geschäfte, ebenso die germanischen Aerzte und Rechtsanwälte, namhaft macht. In einigen Monaten soll ein er-

weiterter, für die ganze Grenzmark bestimmter, Handelsherold erscheinen. — Ein ebensolches Handbuch erscheint in Koburg. In ähnlicher Weise hat in Kottbus der dortige Schutz- und Trutzbund ein Verzeichnis der Geschäfte, „die von rechten Deutschvölkischen nicht mehr benutzt werden sollten", herausgegeben, also regelrechte Boykottblätter.

Wir bitten unsere Freunde, uns derartige Bestrebungen und etwaige schon erfolgte Ausgaben von deutschvölkischen Adressbüchern unbedingt mitzuteilen, damit ein einheitliches Vorgehen gegen diese Machenschaften ermöglicht wird. Wie die „Schlesische Zeitung" Breslau (vom 23. I.) mitteilt, habe infolge der Wirksamkeit unserer Ortsgruppe Breslau in dieser Angelegenheit eine ganze Anzahl Breslauer Firmen die Zurückziehung ihrer Anmeldung in das „Deutschvölkische Adressbuch" veranlasst.

Aufgehobenes Verbot des Beitritts zu den „Kameraden". Das Lehrerkollegium des Kolberger Dom- und Realgymnasiums hatte im Herbst vorigen Jahres seinen Schülern verboten, den „Kameraden" weiter anzugehören, weil der Verein „ein politischer Verein" sei. Diese Ansicht ist auf einen Zusatz zurückzuführen, den die Kolberger Ortsgruppe ihrem Tendenzparagraphen angefügt hat und demzufolge die Jugend zur Abwehr gegen den Antisemitismus vorbereitet werden soll. Eine Eingabe der Ortsgruppe beim Provinzialschulkollegium Stettin hatte keinen Erfolg. Darauf richtete der Vorsitzende des Reichsbundes der „Kameraden" Patentanwalt Herzfeld, eine Eingabe an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Dieser hat, wie uns nunmehr mitgeteilt wird, in einem Schreiben vom 21. 12. 1920 das Verbot der Zugehörigkeit zu den „Kameraden" aufgehoben.

Die Ortsgruppe Schneidemühl des dortigen **Schutz- und Trutzbundes** hat am 13. Dezember an die Vorstände sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Deutschdemokratischen Partei ein längeres Rundschreiben gesandt. In demselben heisst es:

„Ueberall wo der deutsche Gedanke, von dem allein wir Rettung erwarten, im Vorstande nicht genügend zum Ausdruck gebracht wird, fordern wir Neuwahl des Vorstandes auf Grund des Blutbekenntnisses insbesondere der Gauverbände unsere Grenzmark.

Wir verlangen ferner, dass bei Aufstellung von Wahlbewerbern für politische Wahlen nur deutschblütige Männer und Frauen .... Berücksichtigung finden, also keine Judenstämmlinge, keine jüdisch Versippten und Verschwägerten und keine Judenfreunde."

Die „Deutsche Freiheit." Die in München unter dem Namen „Deutsche Freiheit" bekannte Wochenschrift (die Nachfolgerin der früheren Wochenschrift „Die Republik") herausgegeben von Rudolf John Gorsleben, hat mit Ende des Jahres 1920 ihr Erscheinen eingestellt.

In der Angelegenheit der antisemitischen Angriffe der **Schriftstellerin Fräulein Käthe Bayer** gegen den Königsberger Theaterdirektor Rosenheim besitzen wir eingehendes Material, das wir Freunden, die sich für diesen Vorfall interessieren, auf Anfragen gern zur Verfügung stellen.

35. Presseschau.

„Der Spiegel". Wir machen auf das Heft Nr. 14/15 des II. Jahrganges der Zeitschrift „Der Spiegel" (Beiträge zur sittlichen und künstlerischen Kultur, Herausgeber Robert Prechtl, Spiegelverlag, Berlin W 8) aufmerksam, das den Titel „Die Judenfrage" trägt. Es enthält Abhandlungen von Jakob Fromer: Jüdische Wesenszüge, Adolf Löwe: Zur Soziologie des modernen Juden, Alfred Klee: Tatsachen jüdischer Politik, Werner Sombart: Der Intellektualismus der Juden, Friedrich Freksa: Die Judenfrage, Lion Feuchtwanger: Die Verjudung der abendländischen Literatur und Robert Prechtl: Glossen zur Judenfrage.

„Das junge Deutschland" erscheint seit Anfang dieses Jahres als Organ des „Jungdeutschen Ringes", in dem sich „Jungdeutscher Bund", „Deutscher Hochschulring", „Deutschnationaler Jugendbund" und „Deutsche Jugendgemeinschaft" vereinigt haben. Als ständige Mitarbeiter werden u. a. genannt: De la Chevallerie, aus der Studentenbewegung bekannt, und Reinhold Wulle.

Die in Frankfurt a. M. erscheinende „**Volksstimme**" bringt in ihrer Nummer 290 einen Artikel „Die Ostjuden" des zweiten Bürgermeisters von Frankfurt, Eduard Gräf, der gleichzeitig Mitglied der Preussischen Landesversammlung ist. In objektivster Weise beleuchtet Gräf die Ostjudenfrage, er weist darauf hin, dass während des Krieges die Auswanderung unterbunden war, und dass eine grosse Anzahl der 60 000 bis 75 000 in Deutschland anwesenden Ostjuden während des Krieges von den deutschen Behörden nach Deutschland gebracht und zur Arbeit in Kriegsbetrieben, Bergwerken etc. gezwungen wurden. In der Statistik des jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes ist festgestellt worden, dass 4% der Ostjuden der Landwirtschaft, 68% der Industrie und Handwerk und nur 11% dem Handel und Verkehr angehören. Der sehr ins Einzelne gehende Artikel stellt Vergleiche an zwischen den Ostjudensiedlungen in New York und London und der Hetze die sich jetzt gegen die während des Krieges mit Freude begrüssten Ostjuden wendet. Gräf kommt zu dem Schluss, dass man diesen gehetzten Menschen, die in vielen Fällen Deutschland nur als Etappe benutzten, ebenso wie den Ostchristen helfen sollte, statt sie den Pogromen, die sie in ihrer ehemaligen Heimat erwarten, auszusetzen.

Der bekannt Antisemit Dietrich Schaefer, der Mitherausgeber der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung", veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung" Nummer 25 einen Artikel „Politik", dem wir folgendes entnehmen:

„.... Die Geschichte kennt es nicht anders, als dass der Bestand der Völker zu allen Zeiten an ihren Staaten hing. Das staatenlose Volk der Zigeuner beweist nicht das Gegenteil, auch nicht das der Juden, das einen Staat hatte. Ob es noch ein Volk ist, seitdem es ihn verloren hat, kann in Zweifel gezogen werden. Jedenfalls bemüht sich ein erheblicher und nicht immer der schlechteste Teil, aufzugehen in den staatlichen Gemeinschaften anderer Völker. Ein anderer Teil strebt bewusst nach Wiedererlangung eines Staates. Die Vorstellung, dass man ohne einen solchen nicht bestehen kann, herrscht......"

„Die Staatsbürgerzeitung" Nr 2 v. 9. 1. macht unter der Ueberschrift „Monarchistenputsch und Abbau" der „antisemitischen Politik in Oesterreich" auf den merkwürdigen Stellungswechsel der Christlichsozialen aufmerksam, die vom Rassenantisemitismus abgerückt wären. Das Blatt will den Grund hierfür darin finden, dass von grosskapitalistischer jüdischer Seite der Partei bedeutende Summen zur Wiederherstellung der Monarchie zur Verfügung gestellt worden seien.

„Der Reichswart" (herausgegeben von Reventlow) Nr. 3. v. 15. 1. nimmt zu den „Eisenacher Beschlüssen" Stellung, soweit sie sich auf den bekannten Punkt der Heirat „mit einem farbigen oder jüdischen Weibe" beziehen. Der Verfasser des Reichswartartikels bedauert den Ausdruck „farbig" schlechthin, da eine Heirat mit stammverwandten Indern die Rassereinheit nicht verletzte.

„Die deutschvölkischen Blätter" Nr. 3. v. 20. 1. leiten mit einem Artikel „Die Fallstricke zur Preussenwahl" ihre Wahlpropaganda ein: Bei der Arbeiterschaft mache die Grossdeutsche Freiheitspartei Fortschritte, die Demokraten seien noch genau so verjudet wie früher, die deutsche Volkspartei habe kläglich versagt. Erfreulich sei nur die Entwicklung der Deutschnationalen, die zwar in demokratischem aber doch germanischem Sinne vor sich gegangen sei. Nur eine Preussenwahl, die die bei der Reichstagswahl erzielten Erfolge erweitere, könne die Judenherrschaft endgültig brechen.

Im **8-Uhr-Abendblatt** vom 7. 1. erschien ein Artikel des Forstrats Escherich, des Begründers und Leiters der „Orgesch", in dem es heisst: „Wir bannen auch jede antisemitische Propaganda aus unseren Reihen; ausgleichen wollen wir, nicht die Gegensätze verschärfen."

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6